

## Pressemitteilung

# Heiz-Debatte: Verbände-Allianz für grundlegende Nachbesserungen am Gebäudeenergiegesetz

**Berlin, 25. Mai 2023** – In der Heiz-Debatte fordern mehrere Verbände den Bundestag zu grundlegenden Nachbesserungen am Gebäudeenergiegesetz (GEG) auf. Der Forderung schließen sich der Deutsche Landkreistag (DLT), der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB), der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) und der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) an.

Die Verbände appellieren an die Abgeordneten für echte Technologie-Offenheit zu sorgen, indem sie sinnvolle Übergangslösungen und -fristen für den klimaneutralen Umbau der Fernwärme- und Gasnetze verankern. Immerhin beziehen mehr als 99 Prozent der Industrie-, Gewerbe und Nicht-Haushaltskunden in Deutschland ihr Gas aus den Verteilnetzen. Dazu gehören rund 1,8 Millionen mittelständische Unternehmen mit mehreren Millionen Arbeitsplätzen, die von den Regelungen für Gasnetze unmittelbar betroffen wären. Mit diesen Änderungen könnten die Abgeordneten das GEG zugleich eng mit dem noch ausstehenden Bundesgesetz zur kommunalen Wärmeplanung verzahnen. Damit bekämen Kommunen ein Planungsinstrument an die Hand, mit dem sie Strategien für klimaneutrale Wärmeversorgung entwickeln können, die am besten zur Situation vor Ort passen und so auch eine sozialverträgliche Wärmewende ermöglichen.

### **Problem: Zwischenziele bei Wärme und vorgezogenes Klimaneutralitätsziel bei Gas unrealistisch**

Zwar seien die Klimaneutralitätsziele der Energie- und Wärmewende für 2045 angesichts der Notwendigkeit, noch unabhängiger von fossilen Energie-Importen zu werden, und der Herausforderung des Klimawandels richtig, so die Verbände. Jedoch seien sowohl die 2030/2035-Zwischenziele zum Erneuerbaren-Anteil für Wärmenetze als auch das um 10 Jahre auf 2035 vorgezogene Klimaneutralitätsziel für grüne Gase wie Wasserstoff in den Gasnetzen zu starr und daher nicht realistisch. Investitionen in Infrastrukturen und Anpassungen der Endanwendungen in Industrie und Haushalten erforderten schlicht mehr Zeit.

### **Die Folgen: Technologie-Offenheit nur auf dem Papier, zu enger Fokus auf Wärmepumpe**

Bliebe es bei den Zielen, wären grüne Wärme und Gase, wie Biomethan oder Wasserstoff, als technischen Lösungen faktisch außen vor. Technologie-Offenheit bestünde nur auf dem Papier. Bei der Fernwärme drohe der Ausbau der Netze abgewürgt zu werden – auch, weil die Zwischenziele im Widerspruch zum jungen Förderprogramm „Bundesförderung effiziente Wärmenetze“ stehen, auf dessen Basis die Netzbetreiber aktuell die Transformation ihrer Netze kalkulieren. Ebenso sollten Pelletheizungen möglich bleiben. Bei Gasnetzen verlöre man sowohl das Potenzial aus dem Einsatz grüner Gase wie Biomethan oder Wasserstoff als auch die Chance, das Netz als lokalen Speicher für grünen Wasserstoff zu nutzen und so die Stromversorgung während Dunkelflauten abzusichern. Ohne eine Umstellung von Gasverteilnetzen auf grüne Gase werde es außerdem nicht gelingen, die lokalen Industrie- und

Gewerbekunden zu versorgen, die Wasserstoff für die Dekarbonisierung ihrer Prozesse benötigen und keine bessere, technisch-wirtschaftliche Alternative haben. Damit drohe das Gesetz zu einer Gefahr für den Industriestandort Deutschland zu werden.

Dabei könnten grüne Fernwärme oder Gase - je nach Kommune und energetischem Zustand der Gebäude - besser als Wärmepumpen passen. Damit könnten sie für Eigentümer und Mieter erschwinglicher als eine aufwändige Sanierung des Hauses sein. So beraube der Bund die Kommunen gleich zweier Instrumente für eine sozialverträgliche Wärmewende vor Ort, kritisieren die Verbände. Ohne Technologie-Offenheit würde das geplante Bundesgesetz zur kommunalen Wärmeplanung ad absurdum geführt.

**Die Lösung: maximale Technologie-Offenheit, um alle Chancen für die Wärmewende zu nutzen**

Die Abgeordneten sollten für maximale Technologie-Offenheit im GEG sorgen, indem sie praxistaugliche Fristen und Regelungen zur Nutzung grüner Wärme und grüner Gase als zusätzliche Option zur Wärmepumpe verankern. Dazu zählen der Einsatz von KWK-Anlagen, Regeln für Härtefälle und Ausnahmen für die Gebiete, in denen zwar noch kein kommunaler Wärmeplan steht, aber in denen der Netzbetreiber bereits einen Transformationsplan vorlegen kann. So könnten sie das GEG eng mit dem Bundesgesetz zur kommunalen Wärmeplanung verzahnen. Der Knackpunkt: Die Stärke kommunaler Wärmepläne liegt in Technologie-Offenheit und der ganzheitlichen Betrachtung von Industrie- und Haushaltskunden. Denn Energie-Quellen, Infrastrukturen und Verbrauch unterscheiden sich von Ort zu Ort. Damit unterscheidet sich auch die Ausgangslage für die Wärmewende vor Ort. Und somit auch die Antwort auf die Frage, welche Strategien für eine klimaneutrale Wärmeversorgung am besten geeignet ist und welche Technologie wo am besten passt.

**Kontakt:**

**Deutscher Landkreistag (DLT)**

Dr. Markus Mempel  
Pressesprecher  
Telefon: (030) 590097-312  
Mobil: 0160 7227253  
E-Mail: markus.mempel@landkreistag.de

**Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)**

Alexander Handschuh  
Sprecher des DStGB  
Telefon: (030) 77307253  
E-Mail: alexander.handschuh@dstgb.de

**Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU)**

Anna Theresa Kammer  
Pressesprecherin und Leiterin Public Affairs  
Telefon: (030) 58580-225  
Mobil: 0170 8580225  
E-Mail: kammer@vku.de

## **Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)**

Lars Wagner  
Pressesprecher  
Telefon: (030) 79 47 36-64  
E-Mail: [presse@dvgw.de](mailto:presse@dvgw.de)

Der **Deutsche Landkreistag (DLT)** ist der kommunale Spitzenverband der 294 Landkreise auf Bundesebene. Er vertritt drei Viertel der kommunalen Aufgabenträger, rund 96 Prozent der Fläche und mit 56 Mio. Einwohnern 68 Prozent der deutschen Bevölkerung und bringt die Interessen der Landkreise gegenüber dem Deutschen Bundestag, dem Bundesrat und den Bundesministerien zur Geltung. [www.landkreistag.de](http://www.landkreistag.de)

Der **Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)** vertritt die Interessen der deutschen Städte und Gemeinden. Auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene geben wir den Kommunen eine starke Stimme. Wir greifen die Themen auf, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort bewegen. Durch 17 Mitgliedsverbände sind 11.000 große, mittlere und kleinere Kommunen über uns organisiert und vernetzt. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund arbeitet parteiunabhängig und ohne staatliche Zuschüsse. Die Besetzung der Organe orientiert sich an dem Votum der Wähler bei den Kommunalwahlen. [www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)

Der **Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU)** vertritt über 1.500 Stadtwerke und kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit rund 283.000 Beschäftigten wurden 2019 Umsatzerlöse von 123 Milliarden Euro erwirtschaftet und mehr als 13 Milliarden Euro investiert. Im Endkundensegment haben die VKU-Mitgliedsunternehmen signifikante Marktanteile in zentralen Ver- und Entsorgungsbereichen: Strom 62 Prozent, Gas 67 Prozent, Trinkwasser 91 Prozent, Wärme 79 Prozent, Abwasser 45 Prozent. Sie entsorgen jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen durch getrennte Sammlung entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 67 Prozent die höchste Recyclingquote in der Europäischen Union hat. Immer mehr Mitgliedsunternehmen engagieren sich im Breitbandausbau: 203 Unternehmen investieren pro Jahr über 700 Millionen Euro. Beim Breitbandausbau setzen 92 Prozent der Unternehmen auf Glasfaser bis mindestens ins Gebäude. Wir halten Deutschland am Laufen – klimaneutral, leistungsstark, lebenswert. Unser Beitrag für heute und morgen: #Daseinsvorsorge. Unsere Positionen: [2030plus.vku.de](http://2030plus.vku.de)

Der **Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)** fördert das Gas- und Wasserfach mit den Schwerpunkten Sicherheit, Hygiene und Umweltschutz. Mit seinen über 13.600 Mitgliedern erarbeitet der DVGW die allgemein anerkannten Regeln der Technik für Gas und Wasser. Klimaneutrale Gase und insbesondere der Zukunftsenergieträger Wasserstoff sind in der Arbeit des DVGW von besonderer Bedeutung. Der DVGW ist die im Energiewirtschaftsgesetz benannte Institution für Wasserstoffinfrastrukturen. Der Verein initiiert und fördert Forschungsvorhaben und schult zum gesamten Themenspektrum des Gas- und Wasserfaches. Darüber hinaus unterhält er ein Prüf- und Zertifizierungswesen für Produkte, Personen sowie Unternehmen. Die technischen Regeln des DVGW bilden das Fundament für die technische Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der Gas- und Wasserwirtschaft in Deutschland. Sie sind der Garant für eine sichere Gas- und Wasserversorgung auf international höchstem Standard. Der gemeinnützige Verein wurde 1859 in Frankfurt am Main gegründet. Der DVGW ist wirtschaftlich unabhängig und politisch neutral. Mit neun Landesgruppen und 62 Bezirksgruppen agiert der DVGW auf lokaler sowie überregionaler Ebene und ist in der ganzen Bundesrepublik vertreten. Themen mit bundesweiter oder europäischer Dimension werden durch die Hauptgeschäftsstelle in Bonn mit Büros in Berlin und Brüssel abgedeckt. [www.dvgw.de](http://www.dvgw.de)